

# RATHAUSREPORT

16. Jahrgang

10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03. Juni 2009

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 5/09

► Uferwege ► freiLand ► Schwimmbad

Nein zu Bürgerbefragung – Ja zur Freizeitbad-Biosphäre

## Oberbürgermeister Jakobs scheint unbelehrbar zu sein

In den letzten Tagen forciert der Oberbürgermeister die Debatte um ein Freizeitbad in der Biosphäre im Volkspark. Er will ganz offensichtlich an diesem Ort einen neuen Anlauf für ein Freizeitbad mit ungewissem Ausgang riskieren. Zuvor ging es um weitere Standorte: Heinrich-Mann-Allee, Brauhausberg, Speicherstadt. Um erneut eine Pleite wie der Planung des Niemeyer-Bades am Brauhausberg auszuschließen, hat DIE LINKE beantragt, vor einer endgültigen Entscheidung, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu befragen, welchen Standort sie als Freizeit- oder Freibad favorisieren würden. Denn, so Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, in der Begründung des Antrags: Es mache schon einen Unterschied, ob für



Foto: Fred Marx

etwa 8 Millionen EURO das Schwimmbad am Brauhausberg saniert oder ein neues Bad für ca. 24 Mio EURO gebaut wird, wofür es diesmal keinerlei Fördermittel geben wird. Die Debatte um diesen Antrag machte erneut deutlich, dass – obwohl in Potsdam immer wieder von einer Bürgerkommune geredet wird – ein Votum der Bevölkerung für eine Großinvestition der Steuerzahler unerwünscht ist. DIE LINKE sieht, dass sich das Schwimmbad auf dem Brauhausberg zunehmender Beliebtheit erfreut. Sie lehnt ab, dass ein jetzt vom OB favorisiertes Bad zum Vehikel für die Sanierung der Biosphäre gemacht werden soll.

Der Oberbürgermeister meinte jedoch, man solle erst einmal in der StVV klären, was für ein Bad man wolle, eines um 50 Meter hin und her zu schwimmen oder eben ein Freizeitbad. Bevor man sich nicht über Details einig sei, würde man den Bürgerinnen und Bürgern in einer Befragung „Sand in die Augen streuen“. DIE LINKE wandte ein, dass es hier nicht um einen Bürgerentscheid gehen sollte, sondern um eine Befragung, die den Stadtverordneten das Mehrheitsbild der Bevölkerung der Stadt vor Augen führen würde. Zudem solle man den Bürger nicht unterschätzen, sondern ihm die Chance geben, der StVV Vorschläge zu unterbreiten. Die FDP sagte gar, dass man keine Befragung durchführen solle, da dies ein emotionales Thema sei und jeder sowieso für den Standort sei, an dem er wohnt. Die Befragung würde nur zu einer „Abrechnung mit dem Nie



## Mit auf den Weg...

Liebe Leserin, liebe Leser,

eigentlich wollte der Oberbürgermeister in der letzten Sitzung der StVV vor der Sommerpause gar keinen Bericht erstatten. Dies, obwohl es in der Stadt derzeit an allen Ecken und Enden knirscht.

Am Griebnitzsee, bei Karstadt, bei freiLand, in punkto Freizeitbad usw. usw. Nur auf Druck der LINKEN ließ sich der OB herab, doch ein paar Worte zu Karstadt zu sagen. Man habe aus Berichten erfahren, wie es um den Mutterkonzern bestellt ist, so Jakobs – die Politik müsse – so will es auch sein Parteivorsitzender, alles daran setzen, um die Insolvenz abzuwenden, denn Karstadt habe auch die Potsdamer Innenstadt zweifellos belebt. Er sei sich zudem mit dem Ministerpräsidenten einig, dass alles unternommen wird, damit der Standort hier nicht geschlossen werde. „Wer bei Opel ja sagt, dürfe bei Acandor nicht nein sagen“, so der OB. Zwischenzeitlich mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Politik mitnichten etwas dafür tun wird, dass Acandor wieder auf die Beine kommt.

In Bezug auf die Verhandlungen zum Griebnitzseeufer verwies der OB auf den Stadtpräsidenten, der wiederum erklärte, noch nichts sagen zu können, da er die Anrainer gebeten habe bis zum 5. Juni, also zwei Tage nach der StVV, ihre Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Heute wissen wir, dass daraus wohl nichts werden wird, denn bis zum Termin hatte keiner der 11 zugesagt. Schon nach der Sondersitzung der StVV zum Griebnitzsee wurden Stimmen laut, die nichts Positives erwarten ließen. Die Stadt will aus unserer Sicht in Verhandlungen gehen, in denen sie vom Uferpark Abstand nehmen könnte. Meine Fraktion hat erneut gefordert, dass sich die StVV über einen Rahmen für mögliche Kompromisse verständigen soll. Doch dafür gibt es derzeit keine Mehrheit. Deshalb gewinnt das Bürgerbegehren für ein freies Ufer am Griebnitzsee zunehmend an Bedeutung. Jede/r Potsdamer/in kann mit der Unterschrift einen Beitrag dazu leisten. Wir werden auch in der Sommerpause der StVV weiter auf Lösungen drängen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen erholsamen Sommer 2009.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender und MdL

Fortsetzung auf Seite 4



von Anita Tack

### Potsdams Mitte ist für alle da

Stadtplanung und insbesondere die Entwicklung der Potsdamer Mitte ist eine spannende Aufgabe und fordert mich als Vorsitzende des Stadtplanungs- und Bauausschusses mit dem fachlichen Hintergrund als Stadtplanerin in besonderer Weise. Meine Fraktion hat sich zur weiteren städtebaulichen Gestaltung mit zahlreichen Aufträgen an den Oberbürgermeister deutlich positioniert, so z.B. zur Modernisierung des Hauses des Reisens mit Wohnhochhaus, zur Einbeziehung des Fachhochschulgebäudes in die Neugestaltung des Alten Marktes, zur Verbesserung von Straßenbahn- und Busverkehr, für sicheren Radverkehr in der Innenstadt und u.a.m.

Die Vertreter der „bürgerlichen Rathauskooperation“ aber wollen offensichtlich die Potsdamer Mitte zum barocken Museum umgestalten. Das erfahren wir aus ihren Anträgen an die StVV. Dabei verlieren sie völlig aus dem Auge, dass es im Interesse einer ausgewogenen Stadtgestaltung unterschiedliche Interessen der Stadtbevölkerung zu berücksichtigen gibt.

Potsdams Mitte muss, soll sie lebendig werden, auch mit dem Alltagsleben verbunden sein. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich das Anliegen der Weissen Flotte, ein neues Gebäude am Hafen zu bauen. Ich begrüße die Kompromissbereitschaft in der Standortfrage, die die Geschäftsführung in Gesprächen immer wieder verdeutlicht. Die beste städtebauliche Lösung für den Neubau sollte m.E. durch einen öffentlichen Architekturwettbewerb gefunden werden.

Ganz anders sehen das offensichtlich die Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Sie wollen das Vorhaben der Weissen Flotte am Hafen verwehren, wohl auch deshalb, weil sie auf einen schnellen Abriss des Hotels Mercure setzen.

Haben die Kollegen schon vergessen, dass Potsdam eine wunderbare Stadt am Wasser ist, dass Besucher und Potsdamer genau diesen Vorteil auch gerne nutzen wollen und die Weisse Flotte dafür eine gute Partnerin ist? Das liegt im Interesse des Gemeinwohls und gehört zu Potsdams Mitte. Denn sie ist für alle da, nicht nur für Liebhaber barocker Gebäude und Strukturen. Potsdams Mitte wird interessanter und belebter werden, wenn Altes mit Neuem im Einklang ist. Dazu gehören auch die Weisse Flotte und ihr Neubau. Eine Entscheidung in der Standortfrage wollen wir deshalb mit befördern helfen.

(Die Autorin ist auch Mitglied des Landtages Brandenburg)

### 10plus-Punkte Plan Jugendsoziokultur

DIE LINKE hat durchgesetzt, dass das Gelände des ehemaligen Wasserbetriebes an der Friedrich-Engels-Straße für die Jugendsoziokultur gesichert und schrittweise auf der Grundlage der „Skizze zur Machbarkeit des Projektes freiLand“ entwickelt werden soll. Damit hat sie durchgesetzt, dass an dieser Stelle u. a. die Arbeit der Jugendeinrichtungen S 13 und Spartakus fortgesetzt werden kann. Bandräume und Graffitianlagen zur Verfügung gestellt werden. Nach hitziger und zum Teil kontroverser, emotionaler Debatte, die jede/r Interessierte im Wortprotokoll der Sitzung nachlesen kann, wurde zudem beschlossen, dass der OB in enger Zusammenarbeit mit der AG Alternative Jugendkultur deren Forderungen nach ihrer Umsetzbarkeit aufschlüsseln muss. Für eine Entscheidung der StVV soll eine Bestandsaufnahme aller vorhandenen soziokulturellen Zentren, aufgeschlüsselt nach Nutzergruppen, Konzeption und finanziellem Bedarf vorgenommen werden und das Projekt „freiLand“ eingeordnet und bewertet werden.

### Parken im Kirchsteigfeld

Obwohl sich in den Ausschüssen keine Mehrheit für den Linksfraktionsantrag fand, dass für das Kirchsteigfeld ein Parkkonzept erarbeitet und umgesetzt werden soll, wurde der Antrag mit 24 zu 17 Stimmen in der StVV angenommen.

### Luftschiffhafen

Die StVV ist unmittelbar in die Entwicklung des Luftschiffhafens einzubeziehen. Diesem Antrag der LINKEN folgte eine Mehrheit der StVV.

### Oberförsterei

Die StVV wird sich auf Antrag der LINKEN über die Tätigkeitsschwerpunkte der Oberförsterei Potsdam informieren lassen. Ziel soll es sein, festzustellen, welche Auswirkungen mit der Forstreform auf die Erfüllung von waldbezogenen Aufgaben im Bereich der Stadt durch die Landesforstverwaltung verbunden sein können.

### Schulentwicklungsplan

Gegen die Stimmen der LINKEN wurde der Schulentwicklungsplan der Landeshauptstadt 2009 bis 2015 angenommen. Hella Drohla, DIE LINKE, erläuterte dazu, dass ihre Fraktion sich zwar aktiv in die Erarbeitung des Planes eingebracht und zahlreiche Änderungsanträge gestellt habe, aber die festgeschriebene 2-Gliedrigkeit und die Zementierung eines Schul-

systems aus „Kaisers Zeiten“ ablehnt. DIE LINKE setze mehr auf Gesamtschulen, da sie der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler förderlicher sei als die Ausrichtung auf Gymnasien.

### Signal an Eigentümer

Auf Antrag der LINKEN wurde der OB aufgefordert, zur Sicherung des Standortes der ehemaligen Kaufhalle auf dem Keplerplatz die Anwendung ordnungsrechtlicher Maßnahmen gegen den Eigentümer zu prüfen. Hintergrund dieses Antrages ist, so Hans-Jürgen Scharfenberg, dass sich am Stern viel Frust aufbaut, weil am Keplerplatz ein echter Schandfleck entsteht. Dem müsse man entgegenwirken.

### Abgelehnt

### Sanierungskonzept

Obwohl die StVV erneut die Forderung der LINKEN nach Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Sanierung aller Schulen und Kitas im Zeitraum bis 2014 ablehnte, wird DIE LINKE an diesem Thema dranbleiben. Die Einrichtungen hätten ein Recht darauf zu erfahren, so Hans-Jürgen Scharfenberg, wann und in welchem Umfang ihre Schule bzw. Kita saniert werden wird.

### Brauhausbergentwicklung

DIE LINKE wollte erreichen, dass in den Rahmenplan zur Entwicklung des Bereiches Brauhausberg die Änderung eingearbeitet wird, dass zwischen Schwimmhalle und Hauptbahnhof eine stadtbildprägende Grünfläche ausgewiesen wird. Dies lehnte die Mehrheit jedoch ab.

### Humboldtbrücke

DIE LINKE wollte erreichen, dass angesichts der Kostenexplosion eine überarbeitete Planung für die Sanierung der Humboldtbrücke/L 40 vorgelegt wird. Dabei sollte gesichert werden, dass die Gesamtkosten gedeckelt und der Zeitplan gestrafft wird. Rolf Kutzmutz, DIE LINKE stellte klar, dass seine Fraktion die Ursachen für die Kostenentwicklung erfahren will „und wo wir als Stadt mal landen“. Dem verweigerte sich die Mehrheit der StVV, angenommen wurde vielmehr ein Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP/Familienpartei, wonach der OB aufgefordert wurde, im September einen aktualisierten Maßnahmen- und Finanzierungsplan für den Umbau der L 40 einschließlich der Humboldtbrücke zum Beschluss vorzulegen.

## ☞ DIE LINKE-Stadtverordnete fragten – die Verwaltung antwortete

Auf Anfrage von Jana Schulze, DIE LINKE, erläuterte die zuständige Beigeordnete, dass im Jahr 2009 bisher 201 Bezieher von ALG II in reine Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt worden sind. Das sind bereits jetzt 44 mehr als ursprünglich geplant. Gegenüber 2008 wird diese Art der Vermittlung im Jahr 2009 deutlich steigen, Mittel seien dafür ausreichend eingestellt.

\*\*\*

Nachdem die Beigeordnete in der Sitzung am 4. März 2009 mitgeteilt hatte, dass es zeitnah Gespräche zwischen der Verwaltung und dem Eigentümer der Ladenzeile am Keplerplatz geben würde, fragte Jana Schulze nach dem Sachstand. Die Beigeordnete erklärte, dass sich die Verwaltung auf Grund der Anfrage noch einmal mit dem Eigentümer in Verbindung gesetzt hatte, der sich derzeit jedoch nicht in der Lage sehe, eine Instandsetzung vorzunehmen. Er werde grundsätzlich erst dann etwas tun, wenn der Vandalismus in diesem Bereich zurückgehe. Auch die Verwaltung sei unzufrieden mit dem derzeitigen Zustand, versicherte die scheidende Beigeordnete, man könne aber nichts weiter tun als miteinander reden.

\*\*\*

Was bisher unternommen wurde, um mit Fördermitteln des Landes wirksame Lärmschutzmaßnahmen an der Nutheschnellstraße zu realisieren, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, wissen. Daraufhin holte die Beigeordnete weit aus, um darzustellen, dass die Nutheschnellstraße als stark lärmbelastete Straße ausgewiesen sei. Der zuständige Landesbetrieb für Straßenwesen habe eine Untersuchung vorgelegt, aus der hervorgeht, dass nur an wenigen angrenzenden Häusern die Grenzwerte überschritten würden. Nach einer Absenkung der nationalen Grenzwerte sei es vorstellbar, den Landesbetrieb zur Errichtung entsprechender Schallschutzwände zu veranlassen. Hans-Jürgen Scharfenberg wies darauf hin, dass die Beigeordnete diese Antwort den Betroffenen selbst geben solle und: dass ihm Informationen seitens der Landesregierung vorliegen, dass es aus Potsdam gar keine Förderanträge in Bezug auf den Lärmaktionsplan geben würde.

Die Beigeordnete meinte dann, dass für die Errichtung einer Lärmschutzwand die ermittelten Lärmgrenzwerte nicht ausreichen und es nicht Aufgabe der Stadt sei, etwas umzusetzen, was wegen des Nichterreichens der Grenzwerte nicht errichtet werden könne.

Im Übrigen könne die Stadt keine Förderanträge in diesem Zusammenhang stellen, zuständig sei der Landesbetrieb für Straßenwesen. Mehr sei zur L 40 nicht zu sagen. Anita Tack erläuterte, dass 14 Gebäude betroffen sind, an 6 Gebäuden

haben die Einwohner/innen bereits passive Lärmschutzmaßnahmen eingeleitet. Es sei jedoch schon erstaunlich, wie unterschiedlich diese Frage von der Stadtverwaltung und von der Landesregierung beantwortet wird. DIE LINKE hält es deshalb für dringend erforderlich, dass die beiden Verwaltungen besser miteinander umgehen sollten.

\*\*\*

Wie jetzt bekannt geworden ist, soll die Sporthalle des USV im Park Babelsberg Ende Juni abgerissen werden. Da damit auch für viele Freizeitsportler Trainingsmöglichkeiten verloren gingen, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg erfahren, was die Stadt unternahme, um die durch den Abriss wegfallenden Hallenzeiten im Interesse der Freizeitsportler auszugleichen. Die Verwaltung könne die Probleme nicht allein lösen, antwortete die Beigeordnete. Aber beispielsweise für die dort bisher trainierenden Senioren könnten Ausweichmöglichkeiten angeboten werden, da diese ja zeitlich nicht so gebunden seien wie Berufstätige. Die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, ob die Stadt Möglichkeiten habe, um den Abriss zu verhindern, musste die Beigeordnete verneinen, da die Universität Eigentümer der Sporthalle sei. Auch sei man nicht darüber informiert, ob es einen Antrag der Universität für den Neubau einer Sporthalle gibt.

\*\*\*

Das Funktionsgebäude auf dem von Fußballverein Fortuna genutzten Sportplatz am Campus Am Stern sei dringend renovierungsbedürftig, pflichtete die Beigeordnete Hans-Jürgen Scharfenberg bei. Aber, die Sanierung liege nicht in „Prioritätensicht“ und sei als „Investitionsmaßnahme nicht etaisiert“. Im Übrigen gehöre dies auch nicht zum Campus Am Stern. Auf die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, ob man nicht beim genauen Hinsehen dazu komme, dass das Funktionsgebäude in den Campus Am Stern einbezogen werden müsse, meinte die Beigeordnete, dass dies sicher unstrittig sei, aber man sich in Bezug auf die Prioritätensetzung „nicht zerfasern“ werde. Die Frage, ob geprüft wurde, ob privates Engagement akquiriert werden könne, verneinte die Beigeordnete, schloss es jedoch nicht aus.

\*\*\*

Zum 1. April 2009 haben sich die Vorgaben zur Angemessenheit der Kosten für die Unterkunft und Heizung für ALG-II-Empfänger geändert. Die Nettokaltmiete wurde von 4,60 € auf 5,50m €/m<sup>2</sup> erhöht. Eine Veränderung der Kosten der Betriebskostenanteile von derzeit 2,80 €/m<sup>2</sup> wurde nicht mitgeteilt. Demzufolge müsste die aktuelle Bruttowarmmiete von maximal 7,40 €/m<sup>2</sup> auf maximal 8,30 €/m<sup>2</sup> angestiegen sein. Warum sich angesichts

dieser Zahlen in Nachfolgebewilligungsbescheiden der PAGA Widersprüche auftun, erfragte Jana Schulze. Dies sei ein wenig kompliziert, so die Beigeordnete. Richtig sei, dass die Nettokaltmiete maximal 5,50 €/m<sup>2</sup> betragen dürfe, die Kosten für Heizung einschl. Warmwasser 1,00 €/m<sup>2</sup> und die kalten Betriebskosten 1,80 €/m<sup>2</sup>. Diese Zahlen dürfe man aber nicht zusammenrechnen, da jede für sich steht und die Einsparung in der einen Position nicht automatisch zu mehr Geld in einer anderen Position führt. Wenn es tatsächlich so ist, dass dies aus den Bescheiden nicht eindeutig hervorgehe, werde sie sich noch einmal an die PAGA wenden und um Klarstellung bitten.

\*\*\*

Anita Tack wollte wissen, was der OB künftig zu tun gedenkt, um das Projekt interkommunale Zusammenarbeit im Öffentlichen Personennahverkehr zu befördern. Der Bürgermeister sagte, dass in den Partnergebietskörperschaften noch darüber diskutiert werde. Wir werden werben, werben, werben, so Exner. Jakobs fügte hinzu, dass es in ca. 3 bis 4 Wochen noch einmal ein Gespräch geben werde und vieles über persönliche Kontakte und Vertrauen inge.

\*\*\*

Das Bundesverwaltungsgericht wird am 10. Juni 2009 eine Anhörung und Ortsbesichtigung im Zusammenhang mit der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals im Rahmen des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17 vornehmen, antwortete der Bürgermeister auf die entsprechende Sachstandsanfrage von Anita Tack.

\*\*\*

Welche Überlegungen es in der Stadtverwaltung gibt, um den Betreuungsschlüssel in Kitas in sozialen Brennpunkten der Stadt mit kommunalen Mitteln zu verbessern, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen. Die Beigeordnete meinte, dass dies eindeutig Sache des Landes sei und die Stadt keine finanziellen Mittel habe. Bis 2011 müssen in Potsdam 1800 neue Kita-Plätze geschaffen werden. Im Einzelfall gibt es eventuell Möglichkeiten zur Veränderung des Betreuungsschlüssels, wenn ein erhöhter Förderbedarf festgestellt worden sei. Wir haben, so die Beigeordnete, Vertrauen in die Aussage des Landes, dass es im Jahr 2010 bei Krippen zu Verbesserungen kommen könne. Auf den Hinweis von Hans-Jürgen Scharfenberg, dass einige Kommunen des Landes in Vorleistung gegangen seien, sagte die Beigeordnete, dass Potsdam als wachsende Landeshauptstadt unter dem Druck stehe, neue Plätze zu schaffen. Derzeit fehlen ca. 30 bis 40 Plätze, um allein den Rechtsanspruch zu sichern.

## Zur Wiedervorlage

meyerbad“ werden. Und so kam es wie es kommen musste, der Linksfraktionsantrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt und der Oberbürgermeister dafür auf Antrag der Rathauskoalition beauftragt, „die Biosphäre im Volkspark und ihre unmittelbare Umgebung als einen neuen Standort für ein neu zu errichtendes Freizeitbad zu prüfen ... und in die Standortprüfung das Gelände am Brauhausberg sowie das ehemalige Straßenbahndepot an der Heinrich-Mann-Allee einzubeziehen“. Das klingt erst einmal ergebnisoffen, doch wer die Begründung des Antrags zur Hand nimmt, wird eines besseren belehrt. Hier wird nämlich ganz deutlich gesagt: „Die Standorte Brauhausberg und Straßenbahndepot stellen wertvolle städtebauliche Arrondierungsflächen im Süden der Stadt dar, die vorrangig dem Wohnungsbau zugeführt werden sollen. Wie war das mit dem Sand in den Augen ...?“

Im Übrigen wird DIE LINKE nicht locker lassen und weiter einfordern, dass die Bürger einbezogen werden. Spätestens beim Thema Bürgerhaushalt wird dieses herausragende Investitionsvorhaben der Stadt wieder eine Rolle spielen müssen.

## Was – wann – wo

**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**  
Stadthaus, Raum 3.107 bzw. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr  
Sommerpause 15. Juli bis 29. August; 31. August; 07. und 14. September 2009

**11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde**  
Stadthaus, Plenarsaal  
02. September 2009, Beginn 13 Uhr

**Frühschoppen „Rathausreport live“**  
Der Ort wird noch bekannt gegeben  
06. September 2009, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 6/2009**  
Stadthaus, Raum 3.107  
11. bis 16. September 2009 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände in den Stadtteilen:

11. September 2009	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
12. September 2009	09:30 Uhr	Markt-Center, Breite Straße
	10:00 Uhr	REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost
	10:00 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz

**Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL**  
23. Juni 2009 von 17 – 18 Uhr  
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

### Museumsdepot

Karin Schröter, DIE LINKE, begründete den Antrag, nach dem die Verwaltung eines Stufenplan erarbeiten soll, nach dem die Depotsituation des Potsdam-Museums nachhaltig und fachgerecht gestaltet werden kann. Da der OB meinte, dass „es spannend“ sei, was das kostet, wurde der Antrag nicht nur in den Kultur- sondern auch in den Finanzausschuss überwiesen.

### Wirtschaft und Kunst

Ausgehend von einer Anfrage in der letzten StVV, beantragte die LINKE nunmehr, dass der OB beauftragt werden soll, die Förderrichtlinie des Fachbereiches Wirtschaftsförderung Potsdams dahingehend zu verändern, dass bildende Künstler/innen als förderfähig eingestuft werden können. Ob das geschehen soll, wird in den Ausschüssen debattiert.

### Verkehrsführung - Potsdamer Mitte

DIE LINKE will erreichen, dass ab sofort in der Mitte Potsdams in der Zeit von 6 bis 20 Uhr im Straßenzug Lange Brücke, Breite Straße bis Zeppelinstraße je zwei

benutzbare Fahrstreifen in beide Richtungen sichergestellt werden. Dies soll dazu dienen, den Stau zu minimieren, so wie es die SPD ja am Tag vor den Kommunalwahlen allerorts plakatiert hatte. Ob man sich daran noch erinnert, werden die Ausschüsse zu klären haben.

### Wetzlarer Straße

Der OB soll nach dem Willen der LINKEN eine Strategie zur Verlängerung der Wetzlarer Straße von der Nutheschneelstraße zur Drewitzer Straße und weiter zur Heinrich-Mann-Allee einschließlich der städtebaulichen Entwicklung der benachbarten Gewerbeflächen erarbeiten und der StVV vorlegen. Auch darüber wird zunächst in den Ausschüssen beraten.

### Staudenhof

Die Ausschüsse werden darüber beraten, ob – wie von der LINKEN beantragt – bei den weiteren Planungen zur Potsdamer Mitte berücksichtigt werden muss, neben dem zu erhaltenden Gebäude der Stadt- und Landesbibliothek auch weitere Gebäude am Staudenhof in die neue städtebauliche Gestaltung einbezogen werden können und ein offener Architektur-Wettbewerb durchgeführt wird. Ziel soll es sein, so Anita Tack, DIE LINKE, die städtebaulich und architektonisch überzeugendste Lösung für das Karree der heutigen Fachhochschule unter Einbeziehung der vorhandenen Bebauung am Staudenhof zu finden.

### Stadtordnung

Im Hauptausschuss und in den Ortsbeiräten wird der Antrag der LINKEN beraten, ob der OB geeignete Maßnahmen zur Durchsetzung der Stadtordnung in den neuen Ortsteilen ergreifen soll. Dabei soll es um weitaus mehr gehen als um das Verteilen von Knöllchen, so Hans-Jürgen Scharfenberg.

### Uferwege

Mehrere Ausschüsse und die zuständigen Ortsbeiräte beraten den Antrag der Linksfraktion, ob der OB aufgefordert werden soll, im September 2009 einen Bericht zum Stand der Sicherung des öffentlichen Zugangs zum Fahrländer See und zur Errichtung eines Uferrundweges vorzulegen. Zugleich will DIE LINKE erreichen, dass über den Stand der Zugänglichkeit des Groß Glienicker Sees informiert wird. Damit will die LINKE sichern, dass dort nicht die gleichen Probleme wie am Griebnitzseeufer auftreten.

Da der

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam  
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de  
Telefon: 0331-2893051, Fax: 0331-2893119

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben